

Der Newsletter von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

# FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Juli & August 2022

**AUF EINEN BLICK:**

**DIESE ENTLASTUNGEN SIND SCHON DA!**

Eine Liste aktueller Maßnahmen der  
Regierung

**DIENSTREISE NACH GHANA  
UND IN DEN SENEGAL**

Stationen meines Aufenthalts



# INHALTSVERZEICHNIS

Juli & August 2022

<b>Editorial</b>	<b>03</b>
<b>Auf einen Blick: Diese Entlastungen sind schon da!</b> Eine Liste aktueller Maßnahmen der Regierung	<b>05</b>
<b>So wollen wir weiter entlasten</b> Unsere Pläne, um Bürger*innen akut zu unterstützen	<b>06</b>
<b>Einführung des Euros in Kroatien</b> Kroatien wird am 1. Januar 2023 Teil des Euroraums	<b>07</b>
<b>Darum gibt es jetzt das „Virtuelle-Hauptversammlungen-Gesetz“</b> Vorteile von digitalen und hybriden Hauptversammlungen	<b>08</b>
<b>Hessens Tiefschlaf bei der digitalen Bildung</b> Hessen muss in der digitalen Bildung deutlich nachlegen	<b>09</b>
<b>CSD in Frankfurt am Main</b> Happy Pride zum Christopher Street Day in FFM	<b>10</b>
<b>Rückblick: Wahlkreistour</b> Impressionen meines Bürger*innen Dialogs in FFM	<b>11</b>
<b>Überblick über die Reise nach Ghana</b> Zusammenfassung meiner Woche in Ghana	<b>12</b>
<b>Überblick über die Reise in den Senegal</b> Zusammenfassung meiner Woche im Senegal	<b>13</b>
<b>Impressum</b>	<b>14</b>



# 12

## Dienstreise nach Ghana

Im August ging es für mich dienstlich in zwei aufstrebende afrikanische Staaten. Ghana war mein erster Stop.





Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben uns im Bundestag für den Herbst viel vorgenommen: Zum einen wollen wir weiterhin unseren Koalitionsvertrag Schritt für Schritt umsetzen (z.B. Bürgergeld). Zum anderen müssen wir aber auch auf aktuelle Krisen und Situationen reagieren.

Russland führt seit mehr als einem halben Jahr einen brutalen und völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine. Dieser Krieg hat auch viele Auswirkungen auf uns, angefangen mit den massiv steigenden Energiepreisen. Auch wenn ich die Sanktionen gegenüber Russland weiterhin für richtig und notwendig halte, wissen gerade wir Sozialdemokraten wie hart das auch viele Menschen hierzulande trifft. Viele fragen sich, ob sie in diesem Winter noch ihre Heizrechnung (und nicht nur die) bezahlen können. Diesen Menschen wollen wir helfen. In den letzten Monaten haben wir bereits Entlastungen für alle Bürger\*innen in Milliardenhöhe auf den Weg gebracht. Aber angesichts von Inflation und weiter steigenden Energiepreisen braucht es weitere Entlastungen.


Die SPD lässt niemanden im Stich! Dabei wollen wir zuallererst denen helfen, die aufgrund ihrer Einkommens- und Vermögenssituation diese Hilfe am dringendsten benötigen. Wir Sozialdemokraten haben dazu konkrete Vorschläge gemacht, die wir aktuell mit unseren Koalitionspartner\*innen besprechen. Auch wenn wir uns noch nicht in allen Punkten einig sind, bin ich dennoch sehr zuversichtlich, dass wir in den nächsten Wochen im Bundestag gemeinsam ein weiteres umfassendes Entlastungspaket beschließen werden. Trotz Sitzungspause des Bundestags waren meine Kolleg\*innen und ich auch im Sommer nicht untätig. Ein bisschen davon berichte ich in diesem Newsletter.

Viel Spaß bei der Lektüre! Und wie immer freue ich mich über Feedback, Kritik, Kommentare und Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen,  
Armand Zorn, MdB







# AUF EINEN BLICK: DIESE ENTLASTUNGEN SIND SCHON DA!

## **Abschaffung der EEG-Umlage**

Laut Finanzministerium sparen die Bürger\*innen so 6,6 Milliarden Euro Stromkosten pro Jahr.

## **Energiepreispauschale**

Einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbständige erhalten im September 300 Euro.

## **Kinderbonus für unsere Kleinen**

Zusätzlich zum Kindergeld gab es bereits einmalig 100 Euro mehr pro Kind.

## **Sofortzuschlag gegen Kinderarmut**

Für von Armut betroffene Kinder gibt es einen Sofortzuschlag von monatlich 20 Euro.

## **Einmaliger Sozialleistungszuschuss**

Erwachsene in Hartz IV oder mit Arbeitslosengeld II, erhielten einmalig zusätzlich 200 Euro, Menschen mit Arbeitslosengeld I bekamen einen Zuschuss von 100 Euro.

## **Grundfreibetrag**

Der Betrag bis zu dem man keine Einkommensteuer zahlen muss, steigt rückwirkend zum 1. Januar um 363 Euro auf 10.347 Euro Jahr.

## **Tankrabatt**

Für drei Monate wurde die Energiesteuer auf Sprit gesenkt - für Benzin um 29,6 Cent pro Liter, für Diesel um 14,0 Cent pro Liter. Das kam laut Studien auch weitgehend bei den Verbraucher\*innen an.

## **Heizkostenzuschuss**

Der staatliche Zuschuss zu den Heizkosten für Geringverdienende wurde erhöht. Alleinlebende Menschen, die Wohngeld beziehen, erhalten 270 Euro, Zwei-Personen-Haushalte 350 Euro, für jede weitere Person gibt es 70 Euro dazu. Studierende mit BAföG, und Menschen mit Berufsausbildungsbeihilfe bekommen pauschal 230 Euro.

## **9-Euro-Ticket**

Ganze 52 Millionen Mal verkauft - für einen günstigen ÖPNV deutschlandweit.

## **Sonderkredite der KfW**

Die staatliche Förderbank gibt Sonderkredite für Unternehmen, die von den Folgen des Ukraine-Krieges betroffen sind.

## **Verlustverrechnung von Firmen**

Unternehmen haben die Möglichkeit, aktuelle Verluste steuerlich in einem höheren Umfang mit Gewinnen aus den Vorjahren zu verrechnen.

## **Arbeitnehmerpauschbetrag erhöht**

Der Betrag wurde um 200 Euro auf 1200 Euro erhöht. Die Erhöhung gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.

## **Pendlerpauschale**

Für die Fernpendler gibt es pro Kilometer drei Cent mehr Pauschale.



# SO WOLLEN WIR WEITER ENTLASTEN

**K**ein Thema war in den letzten Wochen so präsent wie die Diskussion um weitere Entlastungen und der Streit um die Gasumlage. Die SPD-Fraktion im Bundestag arbeitet bereits an einem umfassenden Maßnahmenpaket. Wir wollen weitere Entlastungen und eine Fehlerkorrektur der Gasumlage auf den Weg bringen. Die Eckpunkte im Überblick.

Mit Direktzahlungen an Menschen mit mittleren und unteren Einkommen, sowie Rentner\*innen, Arbeitslosengeldempfänger\*innen, Studierende und Auszubildende wollen wir diejenigen entlasten, die es am meisten brauchen. Für eine gezielte, ans Einkommen gekoppelte Auszahlung muss der Finanzminister schnell einen Vorschlag machen.

Die Energiekrise stellt viele Menschen vor enorme Probleme. Mit Härtefall-Regelungen und einer preislichen Absicherung des Grundbedarfs wollen wir dafür sorgen, dass niemand im Winter frieren muss. Mieter\*innen darf nicht gekündigt werden, wenn sie in einem gewissen Zeitraum ihre Nebenkosten nicht bezahlen können. Dafür wollen wir sorgen.

Eine weitere Stellschraube ist das Wohngeld. Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte jüngst eine große Wohngeldreform an, die den Kreis der Empfangsberechtigten stark ausweiten und eine neue Heizkostenkomponente enthalten soll.

Das 9-Euro-Ticket war ein voller Erfolg - ganze 52 Millionen mal wurde es von den Menschen in Deutschland gekauft. Diese Erfolgsgeschichte verdient

eine bezahlbare Nachfolgeregelung. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Ländern ein bundesweit gültiges ÖPNV-Ticket mit einem monatlichen Preis von 49 Euro einführen, jeweils zu 50 Prozent von Bund und Ländern getragen.

Die Diskussion um die Gasumlage hat gezeigt, dass dringend nachgebessert werden muss. Energieunternehmen, die Milliardengewinne machen und nicht durch Insolvenz bedroht sind, dürfen nicht profitieren können. Deshalb ist es richtig, dass der zuständige Wirtschaftsminister Robert Habeck angekündigt hat, die Regelungen zu überarbeiten.





# EINFÜHRUNG DES EUROS IN KROATIEN



**K**urz vor der Sommerpause am 1. Juli fand im Plenum eine wichtige Abstimmung über den Beitritt Kroatiens zum Euroraum statt. Die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP befürworteten die Einführung des Euro in Kroatien zum 1. Januar 2023.

Kroatien war zum 1. Juli 2013 der Europäischen Union beigetreten und wurde seitdem „als Mitgliedstaat(en) mit Ausnahmeregelung“ bezeichnet, weil bisher noch nicht alle erforderlichen Voraussetzungen für die Einführung des Euro erfüllt waren. Dies hat sich jetzt geändert.

Die Europäische Kommission und die EZB haben in ihren Konvergenzberichten vom 1. Juni 2022 festgestellt, dass Kroatien sämtliche Konvergenzkriterien<sup>1</sup> erfüllt. Die Europäische Kommission legte ebenfalls einen Vorschlag für einen Beschluss des Europarates über die Einführung des Euro in Kroatien zum 1. Januar 2023 vor. Nach einem solchen Beschluss auf der EU-Ebene sieht das „Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union“ vor, dass es ein parlamentarisches Beteiligungsverfahren gibt. Die Bundesregierung hatte den Deutschen Bundestag daher gebeten, so schnell wie möglich von diesem Recht Gebrauch zu machen und abzustimmen. In dem Antrag haben wir als Deut-

scher Bundestag begrüßt, dass die Euroeinführung in einem weiteren EU-Mitgliedstaat Ausdruck für die hohe Attraktivität der Gemeinschaftswährung ist und den Zusammenhalt innerhalb der EU und die geostrategische Bedeutung des Euro stärkt.

Die EU-Finanzminister hatten die Aufnahme Kroatiens in die Währungsunion formell gebilligt und die Umrechnungsrate der derzeitigen Währung wurde auf 7,5345 Kuna zu 1 Euro festgelegt.

Am 12. Juli hat dann der kroatische Finanzminister Zdravko Maric bei einem feierlichen Akt in Brüssel die Dokumente zur Euro-Einführung unterzeichnet. Damit wird Kroatien am 1. Januar 2023 als 20. Land Teil des Euroraums.



# DARUM GIBT ES JETZT DAS „VIRTUELLE- HAUPTVERSAMMLUNGEN- GESETZ“

**A**ktiengesellschaften führen jedes Jahr Hauptversammlungen durch. Doch eine normale Durchführung von Präsenzversammlungen war seit März 2020 nicht mehr möglich. Dafür sorgte die Corona-Pandemie. Mit einer Sonderregelung schaffte die Bundesregierung im März 2020 Abhilfe: Börsennotierten Unternehmen wie zum Beispiel Fraport war es fortan erlaubt, Hauptversammlungen virtuell durchzuführen. Diese Regelung lief jedoch zum 31. August 2022 aus.

Das Format der virtuellen Hauptversammlung ist in der Praxis gut angenommen worden. Viele Unternehmen berichten, dass die digitalen Versammlungen besser besucht waren. Durch hybride oder rein digitale Hauptversammlungen lassen sich außerdem eine Menge Sachmittel und Reisekosten - aber auch die Reisezeit der vielen Aktionäre - sparen.

Mit dem „Virtuelle-Hauptversammlungen-Gesetz“, welches am 8. Juli vom Bundestag beschlossen wurde, wird nun verstetigt, was sich nach Auffassung der Ampel-Regierung bewährt hat: Aktiengesellschaften können künftig dauerhaft Hauptversammlungen

wahlweise als Präsenzveranstaltung, als hybride oder als rein virtuelle Veranstaltung durchführen.

Um die teilweise stundenlangen Fragestunden zu entzerren, können Aktionäre von nun an bereits im Vorfeld einer digitalen Hauptversammlung Fragen an das Unternehmen stellen und beantwortet bekommen.

Das Recht, auf der Hauptversammlung weitere Fragen oder Nachfragen zu stellen, bleibt davon unberührt. Das war der Ampel-Regierung besonders wichtig: Die vielen (Klein-)Aktionäre dürfen in ihren Einflussmöglichkeiten nicht beschnitten werden.





# HESSENS TIEFSCHLAF BEI DER DIGITALEN BILDUNG



Das Land Hessen ist im Bereich der digitalen Bildung nur mittelmäßig aufgestellt. In dem vor wenigen Tagen veröffentlichten „[Bildungsmonitor](#)“ belegt Hessen in Sachen Bildungsqualität lediglich den [siebten Platz im Ländervergleich](#). Gleiches gilt für den Stand der digitalen Bildung; auch hier liegt Hessen nur auf Platz sieben. Es gibt dringenden Handlungsbedarf - zu diesem Schluss kommt auch die Gesellschaft für Informatik.

Hessen schneidet, so das Fazit des „Bildungsmonitors“, beim täglichen Einsatz von digitalen Medien im Unterricht unterdurchschnittlich ab und befindet sich bei der Ausstattung der Schulen mit schnellem WLAN im Mittelfeld der Bundesländer. Das darf so nicht bleiben.

Damit die Schulen schneller mit der nötigen Hard- und Software ausgestattet werden, hat sich die Ampel-Koalition in Berlin eine Neuauflage des ersten Digitalpaktes vorgenommen, den „Digitalpakt 2.0“. Wir wollen den Mittelabfluss entbürokratisieren und verstetigen.

Laut der Gesellschaft für Informatik ist Hessen neben Bremen Schlusslicht in Sachen Informatikunterricht: Es gibt dort keinerlei Angebot für Informatikbildung in der Sekundarstufe I, heißt es im [Informatik-Monitor 2022](#). Ein Modellversuch wie das Schulfach „Digitale Welt“ reicht nicht. Wir brauchen flächendeckend Informatik als Pflichtfach.

In Mecklenburg-Vorpommern ist das seit 2019 bereits umfassend der Fall - mit verbindlichem Informatikunter-

richt für alle Schüler\*innen in den Jahrgangsstufen 5 bis 10.

Schule muss die Kinder auf die Welt von Morgen vorbereiten - und diese Welt wird immer digitaler.

Mit Informatik als Pflichtfach stärken wir nicht nur die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit in Hessen und Deutschland. Es geht hier vor allem auch um die Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz.



# CSD IN FRANKFURT



**D**er Christopher Street Day wurde in Frankfurt zum ersten Mal 1992 gefeiert - hatte also dieses Jahr sein 30. Jubiläum bei uns! Die SPD ist auch immer mit einem Wagen dabei.

Ursprünglich kommt der CSD aus New York City. In der Christopher Street mussten sich 1969 queere Menschen gegen immer wieder gegen gewalttätige Übergriffe der Polizei wehren. Das Event wird seitdem jedes Jahr weltweit zelebriert und von Schwulen, Lesben, Transpersonen, Intersexuellen und weiteren sexuellen Minderheiten genutzt, um für Gleichberechtigung zu demonstrieren.

Es hat mir sehr viel Freude bereitet, gemeinsam mit euch im Rahmen der Demonstration für LGBTQIA+ Rechte einzustehen.

Bei all dem Grund zu feiern ist es dennoch wichtig, sich vor Augen zu halten: Der Kampf um die Gleichberechtigung queerer Personen ist noch lange nicht zu Ende.

Deshalb müssen wir auch weiterhin an ihrer Seite stehen - aktiv, immer und überall!

Happy Pride!

Vielen Dank für die schönen Fotos, Angélique Politz





# RÜCKBLICK AUF DIE WAHLKREISTOUR

**A**uch diesen Sommer war ich wieder vor Ort in Frankfurt am Main unterwegs, um mich persönlich mit den Bürger\*innen zu treffen und ihre Anliegen und Anregungen direkt zu besprechen. Wir konnten sehr viele ehrliche, positive und konstruktive Diskussionen

führen, die mir helfen konnten noch genauer zu verstehen, wie ich Frankfurt im Deutschen Bundestag besser vertreten kann.

Vielen Dank für die interessanten Begegnungen im Wahlkreis und natürlich an mein Team, das mich wie immer ganz toll unterstützt hat.





# ÜBERBLICK ZUR REISE NACH GHANA

## MONTAG

- Termin mit **ghanaischen Abgeordneten** (Hon. **Francis Xavier Sosu** (NDC), Hon. **Agnes Naa Momo Lartey** (NDC), Hon. **Alexander Akwasi Acquah** (NPP), Hon. **Yves Hanson-Nortey** (NPP) und **Daniel Krull**, Deutscher Botschafter in Ghana)
- Gesprächstermin bei der Weltbank Weltbank
- Round Table zum Thema **Good Financial Governance** mit Finanzexpert\*innen organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Ghana

## DIENSTAG

- Gespräch mit der Leiterin der GIZ und dem Landesdirektor der KfW in Ghana
- Besichtigung des **Stanbic Incubators**
- Round Table mit **FinTech Start-Ups**
- Dinner mit **Vertretern\*innen des Trade Union Congress** zum Thema „ökonomische Entwicklung Ghanas“

## MITTWOCH

- Besichtigung **FairAfric** Unternehmen und Kakaoplantage
- Besuch von ECOLand Ghana in Kumasi

## DONNERSTAG

- Gespräche mit Professoren und Besuch des Departments of Economics der **Kwame Nkrumah University of Science and Technology** (KNUST), Kumasi
- Besuch des **Kumasi Centre for Collaborative Research in Tropical Medicine** (KCCR)

## FREITAG

- Besuch und Gespräche mit Vertretern der **Ghana Bank of Development**

Mehr Informationen und meine Gedanken zur wirtschaftlichen Lage in Ghana finden Sie [hier](#).





# ÜBERBLICK ZUR REISE IN DEN SENEGAL

## MONTAG

- Austausch zum deutschen **Entwicklungszusammenarbeits- Portfolio sowie den Wirtschaftsbeziehungen zu Senegal** mit Vertreter\*innen der Deutschen Botschaft
- Gespräche zu **Startups, Digitalisierung, Innovation** mit der GIZ und Besuch des Start-Up Netzwerkes **SenStartUp**
- Dinner und Austausch mit Vertreter\*innen der **GIZ** und **KfW**

## DIENSTAG

- Gespräch mit **S.E. Amadou Hott**, Wirtschaftsminister Senegals
- Gespräch mit **S.E. Abdoulaye Daouda Diallo**, Finanzminister Senegal
- Mittagessen mit **Vertretern von Thinks Tanks:** AfrikaJom, GRADEC, Timbuktu-Institut
- Gespräch mit dem Generalsekretär von EUROCHAM

## MITTWOCH

- Gespräch zum Thema **öffentliche Finanzen, Bekämpfung illegaler Finanzströme und e-Governance** mit der GIZ
- Austausch mit dem Landesdirektor der Banque Centrale des États de l'Afrique de l'Ouest
- Gespräch mit dem Landesdirektor der Weltbank

## DONNERSTAG

- Besichtigung der **Molkerei Berger in St. Louis**
- Besuch eines Projektes zu Solarpumpen zur Bewässerung von Gemüseärten und Kooperativen

## FREITAG

- Austausch mit **Young Leaders im Senegal der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**





“ Liebe Grüße aus  
Berlin und bis zum  
nächsten Monat!



## IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 - 227 75492

Email: [armand.zorn@bundestag.de](mailto:armand.zorn@bundestag.de)  
Web: <https://www.armandzorn.de/>  
Bildnachweise: falls nicht extra er-  
wähnt: privat, unsplash, Moritz Erdt

Erscheinungsjahr: 2022

Armand Zorn im Web

